

# „Den Kohlenpott in Watte gepackt“

Der Soziologe Professor Friedrich Landwehrmann über die verdeckten Ursachen der Ruhr-Krise

Das kriselnde Ruhrrevier — ein Kohlenpott ohne Boden, in den die Bundesbürger ohne Sinn und Verstand immerfort Geld stecken? Der Soziologie-Professor Friedrich Landwehrmann, 45, Kenner des größten europäischen Industriegebiets und Autor einschlägiger Publikationen, gibt der schon seit Jahrhunderten üblichen Privilegierung

des Reviers die Schuld daran, daß sich dessen Bewohner nicht mehr selber helfen können und nur noch auf Beistand von außen bauen. Den Politikern der Region — in der am vorletzten Sonntag Kommunalwahl war, sich aber die Machtverhältnisse kaum veränderten — wirft der Wissenschaftler Unbeweglichkeit und Unwillen vor.

Ruhrgebiet, das ist jene Krisenregion, in die allein in den letzten 15 Jahren Zuschüsse in Milliardenhöhe geflossen sind und immer noch fließen, nur für die Ruhrkohle schon jährlich fünf Milliarden. Und die nächste Milliardensubvention ist bereits angemeldet. Wird das Revier dadurch wirklich saniert — oder wird es so endgültig zum Pflegefall?

Der größte industrielle Ballungsraum Europas, die Werkstatt der Bundesrepublik, steckt in der schwersten und gefährlichsten Umstellungskrise seit seiner Industrialisierung vor rund 100 Jahren. Und wenn die politisch Verantwortlichen nicht endlich einmal einsichtsvoll zusammenwirken, wird sich das Minus an Lebensqualität stetig vergrößern, wird der Abstand zu anderen bundesdeutschen Ballungsräumen sich weiter erhöhen — und werden die Bundesdeutschen weiterhin dafür zahlen müssen.

Gehörte vor Jahren noch Sachkenntnis dazu, die Probleme zu sehen, so sind sie nun für jeden, der ehrlich genug ist, greifbar. Der am meisten alarmierende Tatbestand: Das Ruhrgebiet blutet aus.

Seit zehn Jahren verlassen zu viele Menschen das Revier, den Kern des Ruhrgebiets, und das bei einer Region, die auf Zuwanderer angewiesen ist. Von 1961 bis 1977 — während die Einwohnerzahl der kreisfreien nordrhein-westfälischen Städte außerhalb des Ruhrgebiets noch um 0,5 Prozent wuchs — ging die Bevölkerung im Revier um elf Prozent zurück, und sie wird, wenn es so weitergeht, bis 1990 um rund 20 Prozent abnehmen. Gelsenkirchen beispielsweise wird dann 130 000 Einwohner weniger als 1961 haben — binnen einer Generation ein Rückgang von einem Drittel.

Gefahren birgt dieser Prozeß aber nicht allein wegen der Quantität, sondern vor allem wegen der Qualität der Abwanderungen. Das Revier verlassen Jahr für Jahr überdurchschnittlich Qualifizierte, weil sie in anderen deutschen Regionen attraktivere Lebens- und Arbeitsbedingungen finden. Aus dem gleichen Grunde bleiben qualifizierte Zuwanderer in hinreichender Zahl aus. Die dennoch kommen, sind häufig die weniger Guten.

Wenn aber aus den verschiedenen Berufsgruppen die Leistungsfähigeren



Ruhrgebiet\*: Wird das Revier zum Pflegefall?

abwandern, so sinkt der Leistungsstand insgesamt. Man kann sich die Folgen für die Wirtschaft leicht ausmalen: Mit dem Niveau sinkt der wirtschaftliche Erfolg. Was wächst, sind die sozialen Probleme.

Der Trend ist nun zwar gestoppt, doch helfen wird das wenig, im Gegenteil: Der schlechten Konjunktur wegen konnten in den letzten Jahren die abwanderungsbereiten Unzufriedenen nicht, wie gewohnt, die Region verlassen; gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit unter den Ungelernten. Während sich die Zahl der beschäftigungslosen Männer in Nordrhein-Westfalen von Mai 1977 bis Mai 1978 nicht veränder-

te, erhöhte sich die Arbeitslosenzahl in allen Arbeitsamtsbezirken des Reviers — obschon im Ruhrgebiet noch weit stärker als anderswo von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, Arbeitslosigkeit durch vorzeitige Pensionierung zu beheben.

Der Zwang zum Bleiben und eine hohe Arbeitslosigkeit — das erzeugt Unzufriedenheit, steigert das Konfliktpotential. Auch noch so geschickt plazierte Tricks können diesen Tatbestand nicht mehr verdecken. Arbeitslosigkeit in der eigenen Familie und bei Bekannten, Kurzarbeit bei den Nachbarn, das läßt sich durch keine Rhetorik mehr positiv darstellen.

Im Gegenteil: Spätestens dann kommt auch für den optimistischen

\* In Duisburg; im Hintergrund die August-Thyssen-Hütte.



**Luftverschmutzung im Revier**  
„Einst Prunkstück der Deutschen ...“

Ruhrbürger der Moment, in dem ihm bewußt wird, auf welche Beschränkungen an Lebensqualität er sich einrichten muß, etwa in puncto Gesundheit. Luftverschmutzung und ungünstige Arbeitsbedingungen im Bergbau wie in der Eisen- und Stahlindustrie gefährden sein Wohlbefinden ja ohnehin weit stärker als in vergleichbaren bundesdeutschen Regionen. Und trotzdem liegt zum Beispiel die ärztliche Versor-

gung im Revier weit unter dem Durchschnitt der übrigen kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens.

Während (nach der letzten Erhebung im Jahre 1977) eine kreisfreie NRW-Stadt außerhalb des Reviers auf 10 000 Einwohner 30 Ärzte hat, sind es im Revier nur etwas mehr als 19. Von acht NRW-Städten mit der höchsten Säuglingssterblichkeit liegen 75 Prozent im Ruhrrevier.

Nicht weniger alarmierend ist die Lage im Bildungswesen. Im Raum Bochum—Essen—Duisburg herrscht nach einer Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dem die Zahlen der letzten Volkszählung im Jahre 1970 zugrunde liegen, das größte Bildungsdefizit der Bundesrepublik, an vorletzter Stelle liegt der Raum Dortmund—Siegen. Und daran hat sich bis heute nicht viel geändert.

Der Anteil der Gymnasiasten beispielsweise lag 1976 in den kreisfreien Städten außerhalb des Ruhrreviers, bezogen auf die für einen Gymnasialbesuch in Frage kommenden Jahrgänge, um 30 Prozent höher als im Ruhrrevier. 30 Prozent mehr lernbehinderte Sonderschüler über zehn Jahre wurden im Revier registriert und 14 Prozent mehr Hauptschüler.

Ob Bildung oder Gesundheit, Wohnen und Verkehr, Altenhilfe oder Kultur — kaum ein Bereich, in dem sich nicht Defizite ausmachen lassen. Das Ruhrgebiet, einst ein Prunkstück der Deutschen, ist inzwischen zur industriellen Problemlandschaft der Nation geworden, in der Sprache der DIW-Analyse ein „Schwerpunktraum mit

besonderen, absoluten Strukturschwächen“.

So etwas aber entsteht nicht über Nacht: Das Ruhrgebiet von heute ist an seiner eigenen ruhmreichen Geschichte erkrankt, an dem unauflöselichen Ja-Wort zu Kohle und Erz vor über 100 Jahren. Und die mangelnde Bereitschaft oder das Unvermögen, sich ein breites wirtschaftliches Fundament und damit tragfähigere Lebensbedingungen zu schaffen, ist dieser Region und ihren Bewohnern gleichsam anerzogen worden.

### **Erfolgreicher mit ein bißchen Unfreiheit.**

Seit sich 1848 in der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim an der Ruhr zum erstenmal Steinkohle und Erz erfolgreich verbanden, ist das Denken fast ausschließlich auf diese beiden Stoffe fixiert. Mochte es auch sonst noch Nützliches auf der Erde geben, wichtiger als Kohle und Stahl konnte es eben nicht sein. Die Welt, davon waren und sind alle überzeugt, braucht die Ruhr.

Kein Wunder also, daß sich der Staat bereits früh der Kohle und der Ruhr annahm. Da richtete schon 1738 die preußische Regierung eine Bergbaubehörde ein, die fortan die Entwicklung der Region entscheidend bestimmte. Ihr oblag die Betriebs- und Haushaltsführung der Bergwerke; sie hatte die Befehls- und Disziplinargewalt über die Bergleute; sie verkaufte die Kohle und legte die Gewinne für die Bergwerkseigner fest; sie sorgte für pünktliche Lohnzahlung ebenso wie für eine prompte Lohnpfändung.

Zwar wurde der Bergbau 1865 aus dieser Bevormundung entlassen, die Zechen wurden selbständig. Aber schon bald machten Schwankungen im Kohleabsatz und Zusammenbrüche von Bergbauunternehmen den freien Eigentümern klar, daß enge Abstimmung und ein bißchen Unfreiheit womöglich erfolgreicher sind als der Alleingang. Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats 1893, das bis nach dem Zweiten Weltkrieg fortbestand, die per Gesetz gegründete Ruhrkohle AG 1968 — diese Schutzbindnisse lagen immer auf der historischen Linie, waren Ausdruck einer ganz ungewöhnlichen Allianz zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierenden, die zwar der Ruhrkohle zum Vorteil gereichte, nicht aber unbedingt der Region als Lebensraum.

Die Nation, so sagte das Credo, kann auf Steinkohle nicht verzichten, also muß die Kohle politisch gesehen werden. Das gelegentliche Ärgernis für die technisch orientierte Region, auf Kosten und Preise des freien Marktes achten zu müssen, war immer rasch besei-



... jetzt Problemlandschaft der Nation“: Bergmannsiedlung im Revier\*

\* In Essen-Altenessen.

# Ventolux

## Luftbefeuchter

**... können mehr  
als Ihre  
wertvollen Möbel  
schützen**

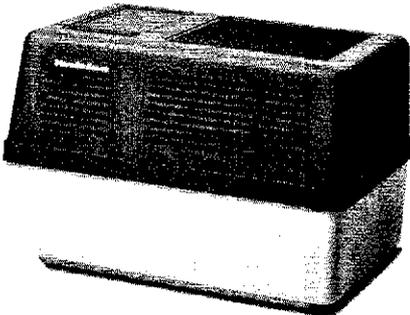
### ...viel mehr:

#### Ventolux-Luftbefeuchter

- senken die Heizkosten
- reinigen die Luft
- vermindern die Gefahr von Erkältungskrankheiten
- geben der Haut natürliche Feuchte
- steigern Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit
- verhindern elektrostatische Aufladungen

## Ventolux

### Luftbefeuchter gegen trockene und verschmutzte Luft.



#### VENTOLUX 1000 L

Das Kompaktgerät zur Befeuchtung und Filtrierung der Luft. **14 Liter** Wasserinhalt. Für Räume bis zu **130 m<sup>3</sup>**. Stromverbrauch nur **8 Pfg/Tag**.

**Der einzige Luftbefeuchter mit der Ruck-zuck-Lösung.**

#### VENTOLUX 3000 S

Der Befeuchter mit **6 Funktionen**: Luft grobfiltern, befeuchten, elektrostatisch filtern, erwärmen, ventilieren und Luft spenden. **Für kleine und große Räume.**



Alles über

## Ventolux

mit diesem Coupon:

Bitte übersenden Sie weitere Informationen über Ventolux-Luftbefeuchter.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Ventomatic - Gesellschaft für Lüftungs- und Klimatechnik mbH · Postfach 1170  
6905 Schriesheim · Tel. (06203) 62827  
Telex 04 - 63729

FS

tigt. Das Problem, ob nicht aus geringerer Nachfrage Konsequenzen zu ziehen seien, ob nicht auf andere Branchen auszuweichen sei, konnte folgenlos ungelöst bleiben.

Für andere Wirtschaftszweige war es denn auch über ein Jahrhundert lang schwierig, teils unmöglich, in der Bergbauregion Fuß zu fassen. Entweder erschwerten die Kommunen, von den Bergwerksgesellschaften dominiert, fremden Unternehmen die Ansiedlung. Oder die Bergwerksgesellschaften, die seit Beginn der Industrialisierung einen großen Teil des Grund und Bodens aufgekauft hatten, verkauften einfach kein Land.

Unternehmer, die beide Hindernisse überwandern, scheiterten schließlich auf dem von der Bergbaukonkurrenz bestimmten Arbeitsmarkt. Die hohen Lohn- und Gehaltszahlungen, durch den Staat oder das Syndikat abgesichert, sowie die umfangreichen Sozialleistungen im Bergbau bildeten für andere, auf Wettbewerb angewiesene Branchen eine kaum überwindbare Schranke.

Die Männer unter Tage waren, von kurzfristigen Ausnahmen wie in den letzten fünfzehn Jahren abgesehen, immer obenauf. Und ob dies jeweils zu Recht oder zu Unrecht geschah, spielt keine Rolle für die Beurteilung der Folgen, die diese Privilegierung von Kohle und Stahl gebracht hat.

Bereits 1767, bei den Preußen, brauchten Bergknappen keine Arzt- und Medikamentenkosten zu zahlen, im Krankheitsfall erhielten sie bis zu acht Wochen vollen Lohn — Lohnfortzahlung im Krankheitsfall also, die fast 200 Jahre danach in der Bundesrepublik noch immer ein sozialer Konfliktfall war.

### Gefragt waren Muskelkraft und Disziplin.

Bergknappen waren schon damals vom Wehrdienst befreit, und ihre Knappschaftskasse übernahm die Versorgung der Invaliden, der Bergmannswitwen und Bergmannswaisen. 1891, um ein späteres Datum zu nennen, lag der Schichtlohn für Untertagearbeit im Ruhrgebiet um 40 bis 50 Prozent höher als in den oberschlesischen Zechen — zu schweigen vom Rest der Industrie.

Die Bevorzugung hielt an, als nach 1870 die Zechen zu industriellen Großbetrieben wuchsen, Stahl und Eisen dem Revier ein immer stärkeres Rückgrat gaben. Die wirtschaftliche Bedeutung des Montangebietes, die besondere und ohne Zweifel gefährliche Art der Arbeit, das sorgte weiterhin für Schutzzäune, hinter denen die heute so verhängnisvolle Monostruktur gedieh.

Während des Ersten und Zweiten Weltkrieges wurden die Bergarbeiter,



**Ruhrkumpel unter Tage (1934)**  
„Immer obenauf“

wenn sie denn schon eingezogen waren, aus dem Heeresdienst entlassen, damit sie frei waren für die nationale Aufgabe der Kohleförderung. Sie erhielten in der Hungerzeit nach dem Zweiten Weltkrieg bevorzugt Lebensmittel und besondere „Bergmannspunkte“, mit denen sich andere Konsumgüter erwerben ließen, und der erste Nachkriegswohnungsbau konzentrierte sich auf die Versorgung der Bergarbeiter.

Was bei all dieser Fürsorge zu kurz kam, war der Antrieb bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, sich dem allgemeinen Wandel anzupassen, das Bestreben, über die Grenzen des Ruhrgebiets hinaussehen zu können. Die Spitzenstellung, was immer geschah, war schließlich garantiert.

Bis zum Ersten Weltkrieg und auch noch danach wanderten im Revier überwiegend Menschen niedrigen formalen Bildungsgrades zu, in der ersten Zeit viele Analphabeten. Denn während der Wachstumsperiode des Ruhrgebietes bestand das Problem nicht darin, besonders qualifizierte Zuwanderer anzuwerben, sondern überhaupt genügend Menschen in diese Gegend zu ziehen. Gefragt waren Muskelkraft und Disziplin.

Viele Zuwanderer siedelten überdies in geschlossenen Gruppen, behielten ihre Sprache und Kultur bei. Unter den 365 000 Bergarbeitern des Jahres 1912 befanden sich 200 000 Ausländer; weitere 135 000 stammten aus Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien. Und auf manchen Zechen stellten die Polen über die Hälfte der Belegschaft. In Bottrop zum Beispiel sprach mehr als die Hälfte der Schulkinder zeitweise Polnisch als Muttersprache,

und in den typischen Ruhrgebietswitzen waren die Deppen der Handlung fast immer Frantek oder Antek.

Die Schule betrachteten viele der zuwandernden ausländischen Eltern als ein notwendiges Übel. Die Begegnung mit der deutschen Kultur fand auf dem „Panschüppengymnasium“, dem Kohlberg, statt. Und der hohe Anteil der Sonderschüler, der heute noch für diese Region kennzeichnend ist, dürfte in Zuwanderern dieses Typs seine Wurzeln haben. Deren Ziel war es nicht, den Kindern Bildung zu vermitteln, sondern ihnen beizubringen, wie man die Hacke richtig hält und mit seiner Hände Arbeit ehrenhaft sein Brot verdient.

Dem Staat, wer immer ihn gerade regierte, kam solche Schlichtheit zupaß. Ungebildet und führungslos waren die

Wer das Phänomen begreifen will, warum dieses hochindustrialisierte Gebiet so gefährdet ist, die Betroffenen selber so hilflos scheinen, kommt ohne die Geschichte der sozialen Traditionen und staatlichen Subventionen nicht aus. Und leider gibt es kein Anzeichen dafür, daß die für das Ruhrgebiet Verantwortlichen die entscheidende Lektion gelernt haben: Das Revier kann sich nach dem Rückgang der dominierenden Stellung der Steinkohle als Energieträger und des Stahls nur dann an die veränderten Bedingungen anpassen, wenn es sein Selbstverständnis korrigiert.

So werden die Schwächen des Reviers immer wieder verschleiert — obwohl sie doch inzwischen jedermann geläufig sind. Damit zum Beispiel



**Bergmannskapelle im Ruhrgebiet: „Kultur auf dem Kohlberg“**

Massen, die dort die Nation mit Waffen und Energie versorgten, bequemer zu lenken. Der Entschluß Kaiser Wilhelms II., keine Hochschule und keine Garnison — wegen der Verbrüderungsgefahr zwischen Arbeitern und Soldaten — ins Ruhrgebiet zu legen, ist Ausdruck dieser Einstellung.

Sie wirkt noch immer nach. Bis heute gibt es in der Emscher-Lippe-Zone, dem nördlichen Teil des Ruhrreviers, keine einzige Hochschule, obwohl dort knapp die Hälfte der Ruhrrevier-Bevölkerung wohnt und dort die einseitigste Wirtschaftsstruktur, die unausgeglichensten Wohn- und Umweltbedingungen des Ruhrgebiets herrschen — ganz zu schweigen davon, daß die Emscher-Zone mit ihren Kohle- und Stahllieferungen entscheidend daran beteiligt war, daß die Deutschen heute in einer Wohlstandsgesellschaft leben können.

Kraftwerke zur Verwertung der Steinkohle errichtet werden, erhalten die Erbauer Investitionszuschüsse. Damit sie dann auch tatsächlich die Kohle verwenden, erhalten sie diese billiger. Und damit die Eisen- und Stahlindustrie auch den Koks einsetzt, vergütet der Staat Preisdifferenzen zu den Weltmarktpreisen.

Dazu die indirekten Subventionen. Im Bergbau etwa kann man sich bereits mit 55 Jahren pensionieren lassen; ist einer arbeitslos und ein Jahr nicht vermittelbar, darf er das sogar fünf Jahre früher. In der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets gibt es, ähnlich wie im Bergbau, die Möglichkeit, bereits mit 59 Jahren und mit Hilfe einer Abfindung erst freiwillig arbeitslos zu werden und schließlich vorzeitig in Pension zu gehen.

Auf diese Weise können die Unternehmen Jüngere einstellen oder brauen-

**Frisch**

**Bestimmend**

**Aufregend**

**Kühn**

**Männlich-aktiv**

**Verlockend**

**Bezwingend**

**Elegant**

**Temperamentvoll**

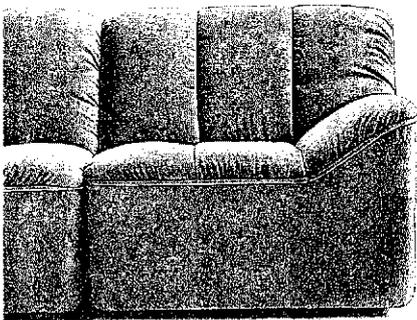
**Mutig**

**Aggressiv**



**und  
Sexy!**

**„Klare und ehrliche  
Formen zu gestalten ist  
unser Prinzip.  
Qualität zu machen,  
die Konsequenz  
daraus.“ COR**



Wo Sie »Alpha« sehen können, erfahren Sie von COR, 4840 Rheda-Wiedenbrück. Den COR-Katalog 4419 bekommen Sie kostenlos dazu.

**COR**  
Sitzkomfort

chen diese nicht zu entlassen. Aber der bundesdeutschen Renten- und Arbeitslosenversicherung entgehen dadurch Beitragsjahre und Hunderte Millionen Mark. Obendrein zahlt die Arbeitslosenversicherung auch noch ein Jahr Unterstützung, die Rentenversicherung einige Jahre länger Rente.

Welcher Arbeitnehmer in der Bundesrepublik weiß schon, daß er mit einer höheren Beitragszahlung für die Rentenversicherung die Vertuschung der Regionalprobleme im Ruhrgebiet bezahlt? Und welcher Rentempfänger ist sich bewußt, daß eine verringerte Rentenanhebung sein Daueropfer zur Verschleierung der Strukturkonflikte im Ruhrgebiet ist?

Bei der knappschaftlichen Rentenversicherung, die für die Bergarbeiter zuständig ist, stammten im Jahr 1976 nur 17 Prozent aus Beiträgen der Mitglieder (bei der Rentenversicherung der Arbeiter 63 Prozent), jedoch 58 Prozent aus öffentlichen Mitteln (Rentenversicherung der Arbeiter: 17 Prozent).

#### **Milliarden für eine geballte Wählerschaft.**

Während die Ruhrkohle von den Bundesbürgern alimentiert wird, setzt das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), der Strom-Gigant Nordrhein-Westfalens, auf mehr Kernenergie. Denn das ist wirtschaftlicher als die Kohle, bringt dem RWE höhere Dividende und damit den Ruhrkommunen als Anteilseignern höhere Einnahmen.

Nebenbei kassiert die Ruhr auf diese Weise doppelt. Denn da gleichzeitig wegen der Kernenergie weniger Kohle verbraucht wird, ist die Wirtschaftslage im Steinkohlenbergbau noch ein wenig schlechter, fließen folglich höhere Subventionen in dieselben Kommunen, die dank der Kernenergie auch noch höhere RWE-Dividenden erhalten.

Für die Politiker, und nicht nur denen im Lande, ist klar, wem die Zuschüsse gebühren: einer geballten Wählerschaft, die nirgend sonst so dicht, so massenhaft aufeinandersitzt. Dabei liefert gerade diese in Europa einzigartige Bevölkerungsdichte den gewichtigsten Grund, Politik gründlich anders zu verstehen denn als Beschwichtigung von Wahl zu Wahl.

Nirgendwo ist die kommunale Zersplitterung in der Bundesrepublik so hinderlich bei der Lösung vieler scheinbar kommunaler, in Wirklichkeit aber überregionaler Probleme wie hier. Denn nirgendwo sind Städte und Gemeinden so ineinander verflochten und aufeinander bezogen und voneinander abhängig wie im Ruhrrevier. Stets hat dort ein beträchtlicher Teil wichtiger kommunaler Entscheidun-

gen, etwa die Ansiedlung neuer Industrien, Auswirkungen für Nachbarstädte, die nicht an solchen Entscheidungen beteiligt sind.

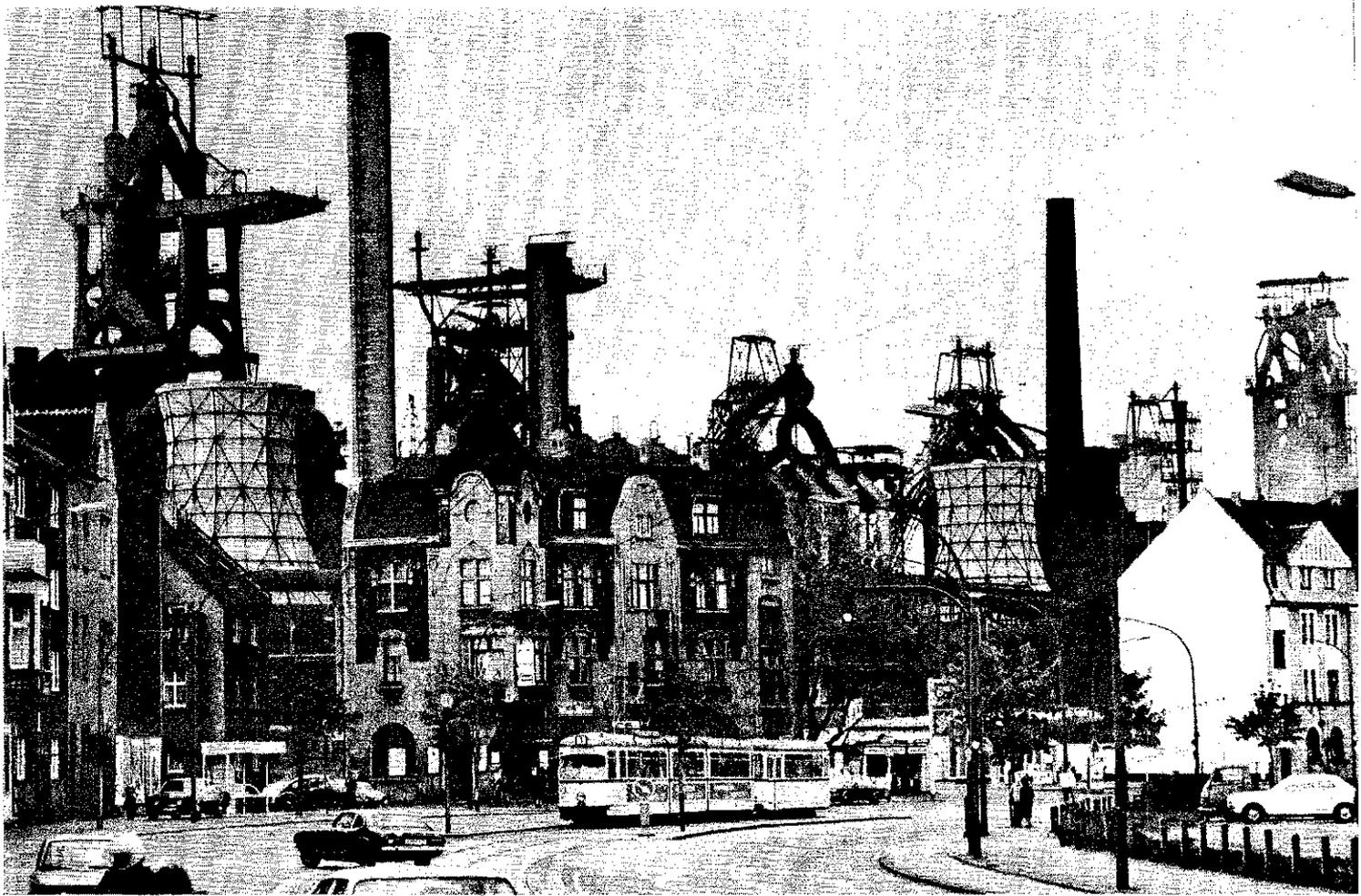
Ist der oft ruinöse kommunale Wettbewerb um Gewerbesteuerzahler im übrigen Bundesgebiet schon problematisch, so erst recht im Revier — wenn da zwei Gemeinden einem Betrieb bedeutende Zugeständnisse machen, um ihn für sich zu gewinnen, obwohl die Grundstücke nur fünf Kilometer voneinander entfernt und im selben Einzugsbereich liegen. Und wenn sich ein Unternehmen für einen Standort in den Niederlanden entscheidet, weil die angesprochenen Ruhrkommunen jeweils allein, geheim und dazu auch noch wenig geschäftstüchtig verhandelten, so bedarf es wohl schon einer besonderen Erleuchtung, um den Sinn solchen Vorgehens zu erkennen.



**Ruhrgebiets-Forscher Landwehrmann**  
„Beschwichtigung von Wahl zu Wahl“

Die Kommunalverfassung ist zur Lösung der Ruhrprobleme nicht geeignet. Und zumindest der Kern des Gebiets, das Revier mit einem Fünftel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens, müßte einheitlich geführt und geformt werden. Es gibt ja ein Vorbild: Für die Verhältnisse unter Tage sind vor 15 Jahren immerhin solche Konsequenzen gezogen worden, als die Kohlefelder aus einer Vielzahl von getrennt operierenden Gesellschaften auf Initiative des Bundes in die Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG eingebracht wurden. Es ist angesichts der verfahrenen Situation im Ruhrgebiet kaum verständlich, warum Politiker in Bund und Land und in den Kommunen eine einheitliche Konzeption, die dem Bergbau seine Chancen wahren half, nicht auch über Tage durchzusetzen versuchen.

Die letzte Chance, aus eigener Kraft etwas für die Gesundheit zu tun, war die Kommunalreform von 1974. Da-



Hütten-Industrie im Ruhrrevier: „Erkrankt am Ja-Wort zu Kohle und Erz“

mals hätte die Region eine Verwaltungsgliederung entwickeln können, die auf zukünftige Aufgaben und gemeinsames Handeln zugeschnitten war. Aber es kam das gewohnte Bild: Man beschwor zwar immerzu die Strukturkrise, wenn es darum ging, die Unterstützung anderer zu gewinnen, war aber nun, obschon die Gelegenheit da war, zu unbeweglich und wohl auch unwillig, sich selbst zu helfen. Es interessierten nur der eigene Verantwortungs- und Einflußbereich, die eigenen Wähler. Mehr verlangt auch die Kommunalverfassung nicht.

Nie zuvor wurde deutlicher, daß die Amtsträger von dieser Verfassung überfordert sind — und etliche auch von ihrer politischen Aufgabe. Zerstritten überließen die lokalen Verwalter, sonst immer auf Eigenständigkeit bedacht, es der Landesregierung, die Leiden der angeschlagenen Region zu erkennen und zu lindern — was dann auch nicht gelang. Wenigstens war es ein Beleg dafür, daß der Ballungsraum noch immer besser von Düsseldorf aus regiert wird, worüber die Stadtfürsten in der Regel vielfältig Klage führen.

Die Landesregierung wiederum leistete eine Pflichtübung, indem sie einige kleinere Einheiten den größeren zu-

schlug; außer ein paar Grenzen wurde nichts verändert. Und das wenige hielt noch nicht einmal verfassungsgerichtlicher Prüfung stand.

Wie in den Jahrzehnten zuvor wurden die etablierten Machtstrukturen respektiert und dadurch noch ein bißchen gefestigt. Darin, daß es um der vielen Wähler willen in Dortmund und Duisburg, Gelsenkirchen und Herne nicht anders ging, waren sich alle Interessengruppen und auch alle drei im Landtag vertretenen Parteien einig.

An der unglückseligen Neigung, den Kohlenpott und seine Bewohner in Watte zu packen, es oberflächlich zu beruhigen, änderte auch nichts die jüngst von der Landesregierung veranstaltete Regionalkonferenz, die dem Düsseldorfer Kabinett angeblich neue Durchblicke verschaffen sollte. In Wirklichkeit ging es darum, der Region vor drei bevorstehenden Wahlen wieder einmal zu zeigen, wie einem das Wohl des Kohlenpotts am Herzen liegt.

Wieder wurden der Region Milliarden versprochen. Sie sollen eingesetzt werden für Zwecke, gegen die eigentlich keiner etwas haben kann, möglichst breit gestreut, jedem etwas, für keinen genug.

Das angepeilte Ziel ist, wie es scheint, nicht die Lösung der Probleme, denn dazu fehlt es an einem Leitbild. Die Konflikte werden vielmehr zeitlich entschärft, verdrängt, vertagungswürdig gemacht. Das gilt beispielsweise für einige Maßnahmen wie die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Da werden kurzfristig durch Umschulungsaktionen Arbeitslose vom Arbeitsmarkt genommen und so rechtzeitig zur Wahl die Arbeitslosenzahlen gesenkt. Der Überdruck wird umgeleitet: Er bleibt zwar im System, ist aber erst eine gewisse Zeit nach der Wahl wieder öffentlich spürbar — dann nämlich, wenn sich herausstellt, daß bei vielen falsche Hoffnungen geweckt wurden.

Man ist versucht, auf die politisch Handelnden im Ruhrgebiet anzuwenden, was der englische Geschichtsphilosoph Arnold Toynbee über jene Männer schrieb, die vor 4000 Jahren den Untergang der sumerischen Stadtstaaten besorgten: „Es war dies nicht das einzige Mal, daß der Mensch einen technischen Triumph in eine soziale Katastrophe verwandelte. Schuld daran war immer wieder, daß die moralische Reife des Menschen mit seinem technischen Können nicht Schritt hielt.“